



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 8.— Mk. — Anzeigen: die dreispaltige Peltzelle 2.— Mk., Codes- und Veranmeldungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postankafen nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsverzeichnis.

Für die Woche vom 25. September bis 1. Oktober ist die Beitragsmarke in das mit 40 bezeldnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

An die Arbeiterchaft im Deutschen Buchdruckgewerbe!

Die Tarifausschuhverhandlungen wurden am zweiten Verhandlungstage ergebnislos abgebrochen. Die Organisationsvorstände beschließen gegenwärtig in Berlin die erforderlichen Maßnahmen.

Von allen Kollegen und Kolleginnen wird erwartet, daß sie angesichts der ernsten Lage gewerkschaftliche Disziplin wahren und nur den in den nächsten Tagen ergehenden Weisungen der Organisationsleitungen Folge leisten.

Berlin, den 20. September 1921.

Die Verbandsvorstände.

Bekämpft die Reaktion, helft dem russischen Volk!

Der Internationale Gewerkschaftsbund (I.G.B.) verfenbet folgenden Aufruf, der zugleich als Antwort auf verschiedene Anfeindungen gelten kann:

(I. G. B.) Die Gefahr besteht, daß die Hilfe für das hungerrnde russische und georgische Volk in den von der Mjnerne betroffenen Gebieten von den Feinden der russischen Revolution in Rußland selbst wie in Westeuropa zu Mächenschaften benutzt wird, um die Sowjetregierung zu stürzen.

Der Sturz der Sowjetregierung wäre nur das Signal zum Entscheidungskampf der Gegenrevolution. In den Ländern Westeuropas, auch in den Ländern der Besiegten, in den Ländern der Revolution, gewinnt die Reaktion mit jedem Tag an Boden.

In Deutschland war die Ermordung Erzbergers die selge Antwort der deutschen Bourgeoisie auf die durchgreifende Gesetzgebung, mit der dieser Minister ihre selbsthändige Vaterlandsliebe auf die Steuerprobe stellte. Sie war der Erfolg der strupellosen Hege jener deutschen Chauvinisten, die an dem Frieden von Versailles nur aufzusehen haben, daß nicht sie ihn bittiert haben, sondern ihre Gesinnungsgenossen in den Ländern der Entente. Freilich hätte sich in den Gebieten der Sieger die besitzende Klasse, die chauvinistischen Schichten auch so bedroht, wie in Deutschland, so würde auch dort der Mord an Arbeiterführern und bürgerlichen Vorkämpfern der Demokratie zum politischen Schem: Die Arbeiter haben die Ermordung von Jaurès nicht vergessen.

Die chauvinistische Bourgeoisie aller Länder verfügt über gewaltige Mittel. Wo sie nicht selbst regiert, bereitet sie sich ihren Weg zur Macht in geheimen Organisationen. Aber die offene und verdeckte Gewalt ist nicht ihre einzige Waffe. Sie hat noch andere nicht minder gefährliche Möglichkeiten, Einfluß zu gewinnen. Im Namen der „freien“ Wissenschaft und der „unparteilichen“ Gerechtigkeit sucht sie die Jugend für ihre Vorurteile einzufangen. Die Mehrzahl der Professoren an den Universitäten ergehen die Studenten im Geist der Reaktion: Alle Vorrechte der Macht und Bildung den Besthenden! Alle wirtschaftlichen Vorteile für die Ausbeuter im eigenen Land! Hier: Mache an Frankreich! Dort: Mieder mit Deutschland! Diese Gesinnungen, gut gemischt mit chauvinistischen und befallsigen Wrasen, werden den Studenten eingebläut. Die Reaktionen haben die Gerichte zu ihrer Verfügung; selbst wenn die Richter guten Willen hätten, kommen sie nicht los von ihren Klassenvorurteilen gegen

die Arbeiterklasse, die Gewerkschaften und die Sozialisten jeder Richtung. Das Recht der Bourgeoisie ist Willkür gegenüber dem Proletariat. Das weiß die Bourgeoisie und verteidigt ihr „Recht“ mit allen Mitteln. Das Proletariat muß diese Klassenjustiz in geschlossener Front unerbittlich bekämpfen.

Diese Reaktion, die in Deutschland, zumal in Bayern, sich täglich dreister gebärdet, und in Spanien, Rumänien, Ungarn und Jugoslawien die Arbeiterchaft blutig verewaltigt, würde rasch triumphieren, wenn es den offenen und heimlichen Feinden der russischen Revolution gefänge, die russische Regierung zu stürzen und eine konterrevolutionäre Regierung unter dem Schutz des westeuropäischen Kapitals und der mit ihm verbundenen bürgerlichen Regierungen an ihre Stelle zu setzen.

Die Gewerkschaften dürfen nicht dulden, daß diese Mächenschaften Erfolg haben. Schon einmal hat der Internationale Gewerkschaftsbund im vergangenen Jahr der Reaktion die zum Schlag erhobene Waffe aus der Hand geschlagen.

In Hunderttausenden sterben die Kinder in Rußland. Millionen erwartet das gleiche Schicksal, wenn nicht rasch, ohne verdeckte Absichten, geholfen wird. Der nach Rußland entsandte Vertreter des Roten Kreuzes, Kansen, bestätigt die Nachrichten von den furchtbaren Zuständen in den Hungergebieten. Soll diese unbeschreibliche Not zu gegenrevolutionären Intrigen mißbraucht werden?

An alle mitfühlenden Menschen in Europa wenden sich die Führer des russischen Volkes. Aber niemanden geht die Not in Rußland mehr an, niemand wird bereitwilliger geben als die Arbeiter, ohne Unterschied der politischen Richtung. Die Einheit des Proletariats erweist sich als eine lebendige Kraft, sobald eine Katastrophe wie die Hungersnot die proletarische Solidarität wachruft, sobald Blutdaten wie die Morde in Deutschland die Gefahr der Reaktion und den Wahnsinn des Bruderkampfes grell beleuchten.

Die Hilfsaktion für Rußland muß zu einer machtvollen Rundgebung des ganzen Proletariats werden — eine Warnung an seine Feinde.

Mit selbstlosem Opferstum als je müssen die Arbeiter die Sammlung der Gewerkschaften unterstützen, mit denen der Internationale Gewerkschaftsbund den bedrängten Genossen in Rußland und Georgien Hilfe bringen will.

Kameraden! Bewahrt Eure proletarische Treue. Bekämpft die Reaktion! Helft dem russischen Volk!

8. Internationaler Buchdruckerkongreß in Wien

k. Zum zweiten Male seit dem Weltkriege traten vom 5. bis 9. September die Buchdrucker zu ihrem 8. Internationalen Kongreß zusammen. Es waren 28 Delegierte anwesend, die folgende Länder vertraten: Deutschland, Böhmen, Bulgarien, Dänemark, Frankreich, Niederlande, Italien, Jugoslawien, Luxemburg, Mähren, Norwegen, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Siebenbürgen, Banat, Tschechoslowakei und Ungarn. Die Vertreter der Buchdruckerorganisationen aus Finnland und Rumänien konnten wegen Passchwierigkeiten nicht erscheinen. Als Gäste waren erschienen Vertreter der Typographischen Association von England, des allrussischen Buchdruckerverbandes, des Internationalen Verbandes der Lithographen- und Steinbruder, des Internationalen Buchbinderverbandes und der Gewerkschaftskommission Deutsch-Oesterreichs. Als Präsident des Kongresses wurde Schlumpf (Schweiz) bestimmt.

Der Hauptberatungsgegenstand der Konferenzen war der Ausbau und die Festigung der Buchdruckerinternationalen. Den Tätigkeitsbericht gab der Internationale Sekretär Verban (Schweiz). Er berichtete, daß der volle internationale Zusammenschluß leider noch nicht erreicht worden sei, es bestude aber Hoffnung, daß sich England zum Beitritt entschließen werde. Auch mit Amerika und einigen anderen Verbänden seien Verhandlungen angebahnt. Finanzielle Schwierigkeiten hätten die Tätigkeit des Internationalen Sekretariats gebremst. Durch das Entgegenkommen einiger Bruderorganisationen aus Ländern mit guter Baluta habe man die Schwierigkeiten beiseite geschoben.

In der Aussprache wurde von verschiedenen Delegierten der volle Zusammenschluß gewünscht. Besonderen Wert wurde auf den Beitritt der englischen Buch-

druckerorganisation gelegt. Auch wurde lebhaft gewünscht, daß der Sekretär bei den noch fernstehenden Organisationen aufstrebend wirke. Der Bericht wurde einstimmig genehmigt.

Zur Frage der Aufhebung der Gegenseitigkeitsmarke wurde beschlossen: „die Gegenseitigkeitsmarke wird abgeschafft; die Verbände sind verpflichtet, sämtlichen Mitgliedern Verbandsbücher auszustellen. Die Sekretariatskommission soll über die Schaffung eines internationalen Verbandsbuches beraten.“ Zur Finanzierung des Sekretariats wurde eine fünfjährige Kommission gewählt, die wegen der Balutaunterschiede einen einheitlichen Vorschlag auszuarbeiten soll, der allen Ländern gerecht wird.

Gegen die Verewaltigung der ungarischen Gewerkschaften, denen die Autonomie und das Selbstbestimmungsrecht genommen wird, beschloß der Kongreß einstimmig folgende Resolution: „Der in Wien tagende 8. Internationale Buchdruckerkongreß nahm mit Befremden Kenntnis davon, daß der Unterstützungsverein der Buchdrucker und Schriftsetzer Ungarns auf Grund einer Regierungsüberlegung seit nahezu einem Jahre seiner Autonomie und seiner Selbstbestimmungsrechte verlustig ging. Die gegen den Verein seit Monaten andauernde behördliche Untersuchung hat feinerlei statutenwidrige Verletzung festgestellt. Die Friedensverträge sichern den Arbeiterorganisationen ihre Freiheit und Unabhängigkeit. Im Namen der europäischen Buchdrucker verlangen wir, daß der ungarische Buchdruckerverein seine Autonomie zurückerhalte, um seiner beehren Bestimmung ungehindert und ohne Schwierigkeiten gerecht werden zu können.“

Am 2. Verhandlungstage sprach Sekretär Verban über die christlich-soziale Bewegung. Er schilderte in großen Zügen das Wesen der christlichen Organisationen. Diese seien ein Wert der den Kapitalismus stets beschützenden Kirche und seien zu dem Zweck geschaffen worden, den freien Gewerkschaftsorganisationen entgegenzuarbeiten. Vielfach ständen diese Organisationen unter Führung von Geistlichen. Sie geben sich durch die Aufstellung von sozialpolitischen Forderungen den Anschein, daß sie die Interessen der Arbeiterchaft wahren wollten. Dieses sei aber nur zum Schein. Komme es zu Kämpfen, so stelen sie der freiorganisierten Arbeiterchaft in den Rücken und verbündeten oder erschweren vielfach die Erringung besserer Verhältnisse. Die christlichsozialen Gewerkschaften hätten sich ebenfalls international zusammengeschlossen. Während diese Bewegung in einzelnen Industrien an Boden gewonnen habe, habe die graphische Industrie noch nicht besonders darunter gelitten. Die Internationale Sekretariatskommission sei aber der Auffassung, daß dieser Bewegung erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken sei.

Ueber den Zusammenschluß der kleinen Organisationen der Einzelländer berichtete ebenfalls Sekretär Verban, der dafür plädierte, daß in einem Lande nicht verschiedene Verbände bestehen dürfen. Es wurde durch Beschluß der Internationalen Sekretariatskommission die Vollmacht erteilt, in einzelnen Fällen entsprechend einzugreifen.

Im Verlaufe der Debatte erariff das Wort Krench (England), der den Wunsch aussprach, daß die englischen Buchdrucker bald als vollberechtigte Mitglieder auf dem Internationalen Kongreß erscheinen könnten. Eine große Arbeitslosigkeit in England habe bisher die Frage noch nicht lösen lassen. Diese Erklärung befreigte jedoch nicht allein nicht alle Delegierten.

Die wichtigste Arbeit des 3. Verhandlungstages betraf die Entscheidung von Moskau oder Amsterdam. Nach langer lebhafter Debatte wurde mit 20 gegen 2 Stimmen folgende Entscheidung angenommen: „Der 8. Internationale Buchdruckerkongreß stellt sich in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaftsorganisationen aller Länder auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationalen. Demgemäß können der Buchdruckerinternationalen nur solche Organisationen angeschlossen oder beitreten, die auf dem gleichen Boden stehen.“

Das Referat über tarifliche und taktische Fragen erhaltete der deutsche Vorkämpfer Seig. Er wies darauf hin, daß gegenwärtig wohl alle Organisationen Tarifausschüsse hätten. Sie hätten für einzelne Arbeiter wohl gewisse Nachteile, würden aber für die Allgemeinheit Vorteile bringen. Es müsse unterschieden werden zwischen Tarif- und Tarifausschuss. Letzte wären nach der Revolution aufzutauchen, als die Frage der Sozialisierung vorherrschend war. Was in der Schweiz als Tarifausschuss bestude, sei wieder etwas anderes und beziehe sich auf die Mitarbeit in Preisfragen, damit die Schmutzkonkurrenz nicht wieder zunehme mache, was durch die Tarife an günstigen Arbeitsbedingungen

erreicht sei oder angestrebt werde. Solche Bestimmungen habe auch Deutschland schon längere Zeit in seinen Tarifen. Sehr kam dabei auch auf die Kranenarbeit zu sprechen, die schon aus gesundheitlichen Gründen unzulässig für den Buchdruckerberuf sei. Da in den einzelnen Ländern die Entwicklung aber anders gelaufen sei, müsse der Standpunkt eingenommen werden, daß Frauen- und Männerarbeit in Lohn- und Arbeitszeit gleich zu werten seien.

Die Debatte hierüber rief die Vertreter der großen Länder auf den Plan, die in prinzipieller Hinsicht eine abweichende Beurteilung in der Tarifgemeinschaftsfrage brachten und den zentralen Tarifverträgen das Wort redeten. Die Aussprache ließ erkennen, in welcher Weise die bewegten Zeitverhältnisse ihren Niederschlag bei dem Kampfe um die wirtschaftliche Macht finden.

Eine längere Entscheidung zu diesem Punkte fand einstimmige Annahme. Diese erklärt die Tarifgemeinschaft als das Produkt langer Kämpfe um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Solange nichts Besseres an deren Stelle gesetzt werden könne, müsse auch die Internationale der Buchdrucker die konsequente Fortsetzung der Tarifvertragspolitik als notwendig bezeichnen. Der Kongress betrachtet Bezirks- oder Ortsstarke nur als Vorstufe und spricht sich entschieden für die Schaffung von Reichs- und Landesstarke aus. Der Ausbau der Tarifgemeinschaften in der Richtung zu sogenannten Berufsvereinigungen müsse vorerst der Entwicklung der Gesetzgebung und der Gestaltung der Verhältnisse in den einzelnen Ländern überlassen bleiben.

Schäfer (Bern) referierte über die Frage der Pressefreiheit, der ausführte, daß die Buchdrucker für volle Pressefreiheit seien. Die herrschenden Klassen hätten immer verstanden, die Pressefreiheit zu ihren Zwecken zu handhaben.

Nach einer lebhaften Diskussion wurde nachstehende Resolution gegen 4 Stimmen angenommen. „Der Kongress stellt grundsätzlich auf dem Boden der unbedingten Pressefreiheit. Er wendet sich daher mit aller Entschiedenheit gegen die da und dort erfolgten Verbote von Zeitungen und Zeitschriften, weil durch derartige Maßnahmen, neben der Anhebung der freien Meinungsäußerung, die wirtschaftlichen Interessen der Buchdrucker schwer geschädigt werden. 2. Die Vertreter der internationalen Buchdruckerorganisation erklären aber auch, daß die Pressefreiheit nicht zum Mittel der Unterdrückung, der Verflämung und Anhebung der Arbeiterschaft mißbraucht werden darf, da sie sich sonst mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wenden müssen.“

Am 4. Verhandlungstage standen die Gegenseitigkeitsverträge zur Tagesordnung. Es wurde eine einheitliche Reise-, Umzugs-, Kranken-, Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung gewünscht, jedoch konnte sich der Kongress für eine einheitliche Regelung, wie sie besonders von Frankreich verlangt wurde, nicht entscheiden.

Der 5. Verhandlungstag brachte eine Aussprache über Industrieüberbände. Referent war van der Ball (Holland). Er war der Auffassung, daß in dieser Frage kein rechter Grundabzug aufzustellen sei, denn es handele sich hierbei mehr um Taktik und Nützlichkeit. Es gäbe Industriegruppen, wo die Arbeiterinteressen am besten durch Industrieverbände gewahrt werden könnten. Er begrüßte die nachstehende Resolution, die Annahme durch den Kongress fand: „1. Die Frage der Gründung von Industrie- oder Berufsverbänden ist nur von tatsächlicher, nicht aber von prinzipieller Bedeutung. 2. In kleinen Ländern mit wenig Buch- und Papierarbeitern kann einem Industrieverband aus finanziellen Erwägungen der Vorzug gegeben werden. 3. Im allgemeinen ist es aber nicht empfehlenswert, die Gründung von Industrie-

verbänden künstlich zu fördern. 4. Solange Nebenbranchen der Buch- und Papierindustrie noch zum großen Teil in speziellen Betrieben ausgeübt werden, sind die Berufsorganisationen zur Aufrechterhaltung der freien Gewerkschaften in diesen Nebenbranchen zu empfehlen, weil so die Werbestärke der verschiedenen Gruppen größer bleibt. 5. Wo für die verschiedenen Gruppen der Buch- und Papierindustrie besondere lebenskräftige Berufsverbände bestehen, müssen diese aufrecht erhalten werden; es ist jedoch eine enge föderative Verbindung anzustreben.“

Ueber die technische Entwicklung im Graphischen Gewerbe referierte Klein-Deutschland, der darauf hinwies, daß im Schoße der Zukunft zweifellos noch manche technische Ueberraschung für das graphische Gewerbe liege. Es müsse deshalb in erster Linie danach gestrebt werden, durch neue mechanische Verfahren im technischen Arbeitsprozeß erwerbslos werdende Arbeitsgenossen unterzubringen. Solche Fragen könnten jedoch nicht von vornherein und prinzipiell einheitlich geregelt werden. Die organisatorischen Erwägungen drängten zu der Erkenntnis, die Lösung der gegenwärtigen und zukünftigen Probleme mit größtem Interesse zu verfolgen und überall nachdrücklich das Notwendige zu tun, um von größeren Veränderungen im technischen Produktionsprozeß nicht überfordert zu werden.

Hierauf wurde einstimmig Verban zum Internationalen Sekretariat gewählt. Der Sitz des Internationalen Bureau wurde Wien.

Der Sekretariatskommission überwiegen wurde ein Antrag auf Schaffung eines internationalen Anwalts- oder Erholungsheimes.

Nach einer Würdigung der geleisteten Arbeit und einem Ausblick in die Zukunft, sowie nach Worten des Dankes an die Wiener Kollegenchaft, durch den Präsidenten Schumpf (Schweiz), fanden die vom besten Geiste internationaler Solidarität geleiteten Verhandlungen ihren Abschluß.

Erwähnt zu werden verdient noch, in welcher betriebl. Weise Genossin Anna Grünwald als Leiterin der Kinderfürsorge den Vertretern der verschiedenen Länder dankte für die Aufnahme von Wiener Kindern. Die Wiener Kinder und Mütter würden diese internationale Solidarität niemals vergessen.

Von besonderer Bedeutung ist auch noch das Faktum der erstmaligen offiziellen Einlabung eines Arbeiterkongresses in das Wiener Rathaus durch den Genossen Bürgermeister Neumann. Die Reden auf dieser Empfangsfeier der Stadt Wien waren eindringliche Manifestationen für den Sozialismus. Der deutschen Arbeiterschaft wurde besondere Anerkennung für ihre letzten machtvollen Demonstrationen zuteil. Die Revolution in den Bahnen des in Rußland herrschenden Kommunismus fand seinen Aufklang.

Welche Aussichten bietet der deutsche Arbeitsmarkt?

Die Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes zeigt äußerlich ein glänzendes Bild, das aber durchaus nicht eine organische Gesundung der deutschen Wirtschaft widerspiegelt. Wenn in einer Zeit, die die Erwerbslosigkeit im Ausmaß ins Groteske steigen läßt (Amerika ungefähr 5,7 Millionen Erwerbsloser, England 2 Millionen, Italien 500 000 usw.) in Deutschland ein erhebliches Sinken der Erwerbslosigkeit beobachtet werden kann, so doch nur durch das Wirken einiger für die Zukunft höchst unsicherer Faktoren, vor allem der rasenden Abwärtsbewegung unserer Valuta. Die sich zeigende Besserung des Arbeitsmarktes darf daher nicht zum

mindesten Nachlassen der Maßnahmen führen, die weitere Arbeitsbeschaffungen sichern sollen. Schon zelaen sich Merkmale, die befürchten lassen, daß der Höhepunkt erreicht ist und uns für die Wintermonate ein erneutes Steigen der Erwerbslosigkeit bevorsteht.

Als Anfang August ist die Zahl der unterstützten Arbeitslosen gegen den Vormonat um weitere 46 000 zurückgegangen auf 269 424. Die von den Gewerkschaften ermittelte Zahl erwerbsloser Mitglieder sank von 3 auf 2,5 v. H. Die Krankenkassen weisen einen weiteren Anstieg von 53 871 versicherten Beschäftigten auf. Auch die Arbeitsnachweise zeigen eine bemerkenswerte Belebung. Die Zahl der Vermittlungen stieg von 409 312 im Juni auf 449 917 im Juli. Dementsprechend senkte sich auch die Andrangszahl. Kammen im Juli auf 100 offene Stellen 169 Arbeitsuchende, so im Juli nur 151. Im ganzen ein erfreuliches Bild, um so mehr, als auch die von den Gewerkschaften ermittelten Zahlen der Kurzarbeiter ein Nachlassen der Kurzarbeit erkennen lassen.

Die Gesamtzahl der Erwerbslosen ist leider nicht zu ermitteln, sondern nur die Zahl der durch die Erwerbslosenfürsorge Unterstützten, die zahlreichen Nichtunterstützten entziehen sich der Kontrolle, doch ist auch bei diesen eine Verminderung als gewiß anzunehmen. Die früher besprochene (s. Korr.-Bl. b. WDSB. Nr. 36) Unterschließlichkeit der Erwerbslosigkeit nach Bezirken und Berufen prägt sich immer deutlicher aus. Groß-Berlin wird immer mehr das Erwerbslosenzentrum. Wohl geht auch hier die Zahl erheblich zurück (Juli 120 866, Anfang August 113 870, Anfang September 108 000), aber der Rückgang vollzieht sich langsamer als im übrigen Reich, der Anteil Berlins an der Gesamtsumme wird damit immer größer. Von den Anfang August unterstützten 269 424 Personen in Deutschland entfallen allein auf Groß-Berlin 113 870, also nicht weniger als 42 v. H. Von den in Preußen Unterstützten stellt Groß-Berlin 74 v. H. Die folgende Tabelle zeigt den Umfang der unterstützten Arbeitslosigkeit in 17 hauptsächlich notleidenden Großstädten.

| | Zahl der unterstützten Arbeitslosen am | | auf 1000 Einwohner entfallende unterstützte Erwerbslose am | |
|-----------------|--|------------|--|------------|
| | 18. 8. 21. | 30. 8. 21. | 18. 8. 21. | 30. 8. 21. |
| Mitteleuropa | 2095 | 1942 | 12,4 | 11,5 |
| Groß-Berlin | 113870 | 113879 | 29,9 | 29,3 |
| Breslau | 4404 | 4272 | 8,3 | 8,1 |
| Chemnitz | 1970 | 1772 | 6,5 | 5,8 |
| Dresden | 6596 | 6111 | 12,5 | 11,5 |
| Elberfeld | 1097 | 1077 | 7,0 | 6,9 |
| Köln | 3632 | ? | 20,8 | ? |
| Frankfurt a. M. | 1560 | 1415 | 3,6 | 3,3 |
| Hamburg | 14597 | 13200 | 14,8 | 13,8 |
| Kiel | 3286 | 3251 | 16,0 | 15,8 |
| Königsberg | 3344 | 3480 | 12,8 | 13,3 |
| Leipzig | ? | ? | 10,4 | ? |
| Magdeburg | 2655 | 2616 | 9,2 | 9,2 |
| München | ? | 5775 | ? | 9,2 |
| Mürnberg | 2214 | 2147 | 6,3 | 6,1 |
| Wien | 3830 | 3579 | 36,5 | 34,1 |
| Wiesbaden | 794 | 775 | 8,1 | 7,9 |

Trotzdem die Spitzenindustrie inzwischen stark vermehrte Arbeitsgelegenheit bot, steht Wien mit 34,1 Unterstützten auf 1000 Einwohner an der Spitze, es folgt Groß-Berlin mit 29,3 und erst in erheblichem Abstand folgen die nächst notleidenden Städte. Demgegenüber stehen die Orte mit niedrigen Zahlen. Von 420 deutschen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern, über die für den 20. August Berichte vorliegen, wiesen 52 (mehr in Rheinland-Westfalen) überhaupt keinen Unterstützten auf, in 227 Städten bewegten sich die Zahlen zwischen 0,1 bis 2,0 Unterstützte auf 1000 Einwoh-

Die Geschichte eines Streits

Mitwirkende: Lautensack, Kemmler, Kollegen. Die übrigen Mitglieder.

1. Bild: In der Versammlung am Vorabend des Streits.

Lautensack: „Also, Kollegen! Es ist natürlich etwas zu mal radikale Kampfmittel anzuwenden. So ist das gegessen: Auf eure Tarifinstanzen huft ich, Bravo! Hans aus den Wuben. Den Kapitalisten mal auf den Pelz rücken. Zeit nicht so nachgiebig. Kampf sag ich. Kampf bis aufs Messer. (Beifall.) Heute geht das anders wie früher.“

Kemmler: „Kollegen! Es ist natürlich etwas zu tun. Aber wir sollten wirklich erst alle Mittel ausprobieren. (Quatschlopp.) Ich fürcht mich nicht vor einem Streit, aber erst dann, wenn ich weiß, nun geht's nicht anders. (Angstmeier.) Kennt ihr's Angst, ich sage, der Streit bleibt uns noch immer. Also, folgt meinem Rat.“ (Eifriges Schweigen.)

2. Bild: Am andern Morgen in der Werkstätte.

Lautensack: „Sie, Meister, gestern hanste den Streik beschlossen. Da hätten sie können mit Engelszungen reden. Nu sin die Puppen am Tanzen. Also, dann will ich mal wieder gehen. Wie meinen Sie? Dafür kann ich nicht, das macht alles der Verband. Ich kann da nicht bei tun.“

Kemmler: „Ja, und was ich noch sagen wollte, gestern haben wir den Streik beschlossen. Aber natürlich sind wir zu Verhandlungen gerne bereit, deswegen wird es gut sein, wenn Sie sich vielleicht gleich mit Ihrem Vorstand in Verbindung setzen, damit wir verhandeln können.“

3. Bild: Am ersten Streittag.

Lautensack: „Meinem Meier, hab ich's gesagt, „nu könnt' Sie was erleben.“

Kemmler: „Kollegen, ich hab in unserer Werkstatt gesagt, das natürlich der Weg zu Verhandlungen frei

ist. (Das geht dir nichts an.) Wir haben alle Interesse, daß es nicht so lange dauert, deshalb hielt ich es auch für gut, daß wir nicht alle Brücken abbrechen. Und nu mein ich, woll'n wir den Blutfangern mal mit der Sozialisierung die Rufe aus dem Pelz kloppen. Ein Schuft, wer anders denkt!“

4. Bild: Am dritten Streittag.

Lautensack: „Auf die 20 Pf., wo die Meister bieten, ich... ich. Ueberhaupt woll'n wir sozialisieren. Unter einer Mark mehr geh ich nicht mehr in die Wube. (Recht haste.) Das ist Wödsfun, was da geboten wird. Wer das unterfällt, ist ein Verbreder, ein Arbeiterverräter, ein Unternehmer-Ineuch, ein... (Zuruf: Lump.) Jawohl, ein Lump. Nun wollen wir mal bitteren.“ (Starker Beifall.)

Kemmler: „Nun hören wir, daß die Arbeitgeber 20 Pf. mehr geboten haben. Ich bin der Meinung, wir sollten nicht ablehnen, aber unter dem Vorbehalt die Arbeit aufnehmen (Unruhe), daß wir den Schlichtungsausschuß zur entgeltlichen Regelung anrufen wollen. (Da biste verlastet.) Jeder gute Vergleich ist besser, wie die hinausgeherei, die uns allen doch Opfer kostet.“

5. Bild: Am Ende der ersten Woche.

Lautensack: „Kollegen, mit die paar Mark Streittag kann man keinen Hund hinter dem Ofen vorlocken. Was ist denn das? 96 Mark schmeißt mir der Kassierer hin? Wo wir doch 264 Mark verdienen? Du bist wohl verrückt? Ich für einen solchen Zweck

muß man mal die Zähne zusammenbeißen. Solale Lotallasse mit verteilt werden. Für nicht ist nicht. (Zusammunnen.) Wo kann man damit streifen?“

6. Bild: Am nächsten Tage.

Lautensack: „Wie ist denn das? Mein Unternehmer hat 30 Pf. geboten. Das ist doch ganz schön. Mehr schlagen wir nicht raus. Die Olle macht nu schon Krach. Ich mein, wir haben mal gezeigt, daß wir auch ein Wort reden. Da sollten wir nun zugreifen. 30 Pf. ist doch ganz schön. (Wißt du verrückt?) Wer ist verrückt? Du bist verrückt. Alle seid ihr verrückt.“ (Widerspruch.)

Kemmler: „Dieser Vorschlag mit den 30 Pf., den ein oder mehrere Meister gemacht haben, ist in dieser Form nicht diskutierbar. Wir wollen für den Verband etwas erreichen, nicht für Lautensack u. Co. (Beifall.) Jetzt heißt es: Alle für einen und einer für alle. Nun beginnt erst die revolutionäre Kraftprobe. Ein Feigling, der jetzt loder läßt. Die Zinnung soll uns kommen.“

7. Bild: Ein Zwischenspiel.

Lautensack: „Irrig! seinen Meier: „Ja, was ich sagen wollte, die Schmauze kann ich mir blutig reden, die hdn' halt nicht auf zu streifen. Wenn die nicht woll'n, dann will ich. Also, Meister, ich sang nu bald an — mit den paar Groschen Streittag, die sind ja verrückt. Ich wer mich für die Perls da auf-

in 66 Städten von 2,1-4,0 und in 33 Orten von 1-6,0. Es zeigen sich also hinsichtlich des Ausmaßes der Erwerbslosigkeit außerordentliche Unterschiede. Die Wohnungsverhältnisse sind aber so notwendig und ungleichmäßig verschieden.

Die gleichen Unterschiede zeigen sich hinsichtlich der Industrie und Berufe. Immer schärfer offenbart sich der Mangel an gelerntem Bauarbeitern, so daß zur Förderung der Bauwirtschaft, die auch für die Bauernberufe, die Möbelherstellung usw., die Loslösung der ehemaligen gelernten Bauarbeiter aus anderen Industriezweigen und die Anwerbung neuer Kräfte erstrebt werden muß. Die Textilindustrie steht zurzeit in einer Hochkonjunktur, desgleichen die Bekleidungsindustrie, wo die Konfektion für das Ausland einen unerwarteten Umsatz angenommen hat. Auch die Holzindustrie meldet einen Aufschwung, der sich auch darin ausdrückt, daß in Verband die Zahl der Erwerbslosen gegen den Normalstand von 4,4 auf 3,9 v. S. sank. Im Metallarbeiterverband sank der Durchschnitt von 3,8 auf 3,2 v. S. Besonders hart betroffen sind die Fleischer, deren Verband ein Aufsteigen auf 17,2 v. S. arbeitsloser Mitglieder aufweist. Gutarbeiter mit 19,4, verurteilt durch die starke Arbeitslosigkeit seiner weiblichen Mitglieder, Bläser mit 6,4 und Sattler und Tapezierer mit 7,9 v. S.

Vielteils kommt der Arbeitsmarkt zu Anfang August auch ein wesentlich besseres Bild, so soll sich niemand darüber hinwegtäuschen, daß drei Faktoren hauptsächlich bestimmend dafür waren: einmal die umfangreichen Arbeiten, die mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge beauftragt, Kostlandsarbeiten darstellen, bemerkt durch die sehr erheblichen öffentlichen Aufträge, dann der stärkere Arbeiterbedarf der Landwirtschaft und endlich das Sinken der deutschen Wälua, die den deutschen Produkten den Ausweg nach dem Ausland eröffnete. Der letzte Faktor ist mehr als unsicher, vor allem, weil das Ausland zum Schutze seiner danielberliegenden Industrie sich des Einfuhrzolls deutscher Waren durch Prohibitivzölle zu erwehren sucht. Der Arbeiterbedarf der Landwirtschaft geht in den Wintermonaten stark zurück, so daß dadurch eine weitere Belastung des Arbeitsmarktes zu erwarten ist. Dies alles ist Grund genug, dem ersten Faktor, der Bereitstellung von Kostlandsarbeit und öffentlicher Arbeit vermehrte Beachtung zu schenken. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wollten Regierung und die beruflichen Kreise angesichts des sich zurzeit befindenden Arbeitsmarktes in dem Streben nach Arbeitsbeschaffung erlahmen. Wie weit die Arbeiten aus der Weberaufbaupflichtung den Arbeitsmarkt gestalten wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, immerhin liegen auch hier Möglichkeiten, die nicht zu unterschätzen sind.

Bericht vom Goutag des Gaus 9

Unser diesjährige Goutag tagte am 11. September in Bremen. Die Zahlstelle Bremen ist seit der neuen Gaueinteilung unserm Gau angegeschlossen. Kollege Spartzahl eröffnete um 9 1/2 Uhr mit einigen Begrüßungsworten an Gäste und Delegierte die Tagung und teilte mit, daß es dem Hauptvorstand leider nicht möglich gewesen sei, einen Vertreter zu entsenden. Das wurde allgemein bedauert, um so mehr, als auch auf der vorigen Tagung der Hauptvorstand nicht vertreten sein konnte. Hierauf begrüßten Kollege Diem-Bremen sowie Genosse Dretmann vom graphischen Kartell die aus allen Orten des Gaus erschienenen Delegierten und wünschten der Tagung besten Erfolg. Die Verlesung der Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 20 Delegierten aus 13 Orten. Fünf Vertreter waren nicht er-

schienen. Also, ich sang an, des Verbandes, daß wir den ganzen Versuch heben wollen. Auf mich können Sie nicht rechnen."

8. Bild: Am zehnten Tage. Lautensack ist seit gestern in Arbeit gegangen, aus dem Verband ausgetreten. Seine Frau will unter Schimpfen noch für drei Tage Streitgeld. Ihr habt bloß meinen Mann verheiratet, der wollte gar nicht mitmachen. Ihr Verbands-gauner. Ihr lebt bloß von Arbeitergroßen. Keinen Pfennig kriegt ihr mehr."

Schlussbild. Lautensack hat einen Streit gegründet, wo sie alle Mittwoch und Samstag Hopfen. Zwischen durch schimpfen sie auf die Bonzen, das seien Dioden, auf Scheibemann und Gert, und „sozialisieren“ dem Wirt sein Paß. Man müßte halt ganze Arbeit machen, aber bei diesem Lumpensaug. Schreibt Lautensack, ist alles für die Raq."

schienen. Außerdem waren Vertreter der Bruderorganisationen anwesend. Durch Juras wurde neben Kollegen Spartzahl Kollege Diem als Vorsitzender und Kollegin Emma-Hannover als Schriftführerin gewählt.

Kollege Spartzahl kam in seinem Gaudericht zunächst auf die Verhandlungen zu sprechen, welche dem Abschluß des Reichstarifes voraus gingen. Der Reichstarif ist jetzt im Gau überall zur Durchführung gelangt. In Braunschweig, Danabrück und Goslar machten die Prinzipale von dem Recht der Abschläge Gebrauch, die für Orte bis 15 Prozent Lokalzuschlag beschlossen waren. Vereinzelt wurden hier, daß die Abschläge in drei Raten bezahlt wurden, so daß am 1. März auch in den drei Orten der Tarif durchgeführt war.

Da mit der Einführung des Reichstarifes eine neue Gaueinteilung notwendig war, mußten die Orte Diefeld, Herford, Hörter und Minden mit zusammen 775 Mitgliedern an den Gau Rheinland-Westfalen abgegeben werden, wogegen die Zahlstelle Bremen mit rund 300 Mitgliedern dem Gau 9 zugeteilt wurde. Bei der Uebergabe der Orte, welche an den Gau Rheinland-Westfalen fielen, wurde vereinbart, daß deren Mitglieder bis zum 1. Oktober 1921 Anteil an der Sterbefasse des Gaus 9 haben. Wenn bei Sterbefällen die zu zahlende Summe 500 Mk. übersteigt, leistet die Gaueinteilung Zuschüsse. Die Mitglieder der Zahlstelle Bremen traten mit allen Rechten in die Sterbefasse des Gaus Hannover über, wofür der Gau Hamburg die für das vierte Quartal gezahlten Beiträge für verkaufte Warten in Höhe von 134,10 Mk. zurückzahlte. Der Gau 9 zählt jetzt 22 Orte und 2059 Mitglieder. Ein Beweis, daß es auch in diesem Jahre gut vorwärts gegangen ist. An Unterstützungen wurden im verfloßenen Jahre gezahlt: Krankenunterstützung 6521,90 Mark, Arbeitslosenunterstützung 2577,— Mk., Streifenunterstützung 482,— Mk. und Weihnachtsunterstützung 440,— Mk. An Eintrittsmarken wurden 651, an Beitragsmarken 100,72, an Ertragsmarken 26880 und an Warten für vorläufig Abgemeldete 697 umgelegt. In Ortsbeständen sind im Gau vorhanden 17198,80 Mk. und an die Hauptkasse wurden gezahlt 138315,07 Mk. Arbeitslos waren in dieser Zeit 620 Mitglieder 12514 Tage und krank waren in derselben Zeit 1560 Mitglieder 39931 Tage. Hier in diesen Zahlen kommt die Unterernährung als Folge des Krieges so richtig zum Ausdruck. Auf Grund der Beschlüsse des Verbandstages wählte Hannover den Kollegen Hille in den Hauptvorstand und durch Urwahl im Gau wurde Kollege Buttlermann-Odenburg in den Beirat gewählt. Zum Betriebsratelord wurde nach vorheriger Verhandlung mit den Gauen Hamburg und Rheinland-Westfalen in Hannover der Kollege Fink gewählt. Am Schluß seiner Ausführungen dankte Kollege Spartzahl allen, die sich in den Dienst unserer Sache gestellt haben und wünschte, daß es auch im kommenden Jahre mit ihrer Hilfe vorwärts gehen möge.

Die Delegierten gaben dann nacheinander Situationsberichte ihrer Zahlstellen. Die Zahlstelle Bremen war durch überraschende Elemente aufgelöst und durch eine Sozialorganisation ersetzt worden, welche allerdings nicht lebensfähig war. Jetzt ist es wieder dank der rührigen Arbeit einiger älterer Kollegen, welche von den Brüdern in anerkannter Weise unterstützt wurden, gelungen, straffe Organisation durchzuführen. In Hannover hat sich die Mitgliederzahl ganz erheblich erhöht, eine weitere Steigerung ist hier kaum mehr zu erwarten, da die Kollegenchaft wohl reiflos erlahmt sein dürfte. Der Reichstarif ist auch für das Steindruckgewerbe anerkannt. Ein besonderer Vorteil der dortigen Kollegenchaft ist, daß der amtliche Arbeitsnachweis, der in einem Jahre weit über 300 Mitglieder vermittelte, in den Händen unserer Organisation liegt.

Klassentampf

So viele überkommt ein Grausen beim Worte Klassentampf. Das Wort ist ihnen der Inbegriff der Furcht und Brutalität. Und das, weil sie dem Begriffe einen wesensfremden Inhalt geben, weil sie in den Begriff das hineinlegen, was sie von ihren Gegnern denken. So ist dieses Grausen beim Worte Klassentampf der Beweis für die ganze Niedrigkeit, mit der der Gegner das Proletariat einschätzt.

Natürlich ist der Klassentampf ein Kampf der Klasse. Doch ist das gemein, wenn eine Klasse kämpft? Dann wären alle großen Gemeinschaften und alle großen Bewegungen niedrig und verwerflich. Es kommt darauf an, wo für die Klasse eintritt. Und das ist es, daß die Gegner das letzte Ziel des proletarischen Kampfes nicht kennen, daß sie nur die Gegenwart sehen und den Tageskampf, ohne aus dem ganzen gewaltigen Ringen den hellen Strahl des neuen Morgens herauszufinden, der sich aus diesem Ringen mit Notwendigkeit hindurchringt.

Der Kampf des Proletariats ist nicht Selbstzweck. Der Kampf der Klasse will nicht nur ein Recht. Schon heute nehmen ja an den gewerkschaftlichen Forderungen so viele Schmarotzer teil, die nicht die Tatkraft aufbringen, selber mitzuwirken. Der Kampf der Klasse gilt allen. Das ist gerade der hohe Idealismus des Klassentampfes, daß allen durch ihn das Glück werden soll, selbst den Gegnern. Alle sollen den neuen Tag begrüßen, an dem der Bruder für den Bruder schafft, die Schwester für die Schwester und an dem Liebe das einende Band der Welt ist. Und darum ist der Klassentampf die größte Tat der Weltgeschichte. Er ist der größte Erziehungsfaktor des Menschengeschlechts. Aus dem Kampfe, dem Klassentampfe heraus soll die Liebe werden.

Zum 2. Punkt gab der Kassierer den Klassenbericht vom Gau 9, der eine Einnahme von 10 695,33 Mk. ergab, die Ausgabe betrug 4305,54 Mk., so daß ein Klassenbestand von 6389,79 Mk. vorhanden war. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt.

Ein vom Kollegen Köhlin verteilter Antrag der Zahlstelle Odenburg, die Gaueinrentenstützungssätze zu erhöhen, wurde mit dem Antrag der Zahlstelle Braunschweig verbunden. Dieser vom Kollegen Spenberg vertretene Antrag wurde dahin erweitert, daß der Goutag alle zwei Jahre stattfinden soll. Es wurde ferner beschloßen, daß die dadurch erzielten Erparnisse zur Erhöhung der Sterbegebel um 40 Mk. für Mitglieder und 20 Mk. für deren Angehörige verwendet werden. Auf Antrag des Gauborstandes kam ein Beschluß zustande, dem Gaufassierer ein Monatsgeld in Höhe von 25 Mk. vierteljährlich ab 1. Januar 1921 zu gewähren.

Bei der Besprechung über die Wirtschaftsbeihilfe wurde lebhaft Klage geführt, daß durch diese Abmachungen der Unterschied der Löhne zwischen gelernten und ungelerten Arbeitern immer größer wird. Die Verbändler müßten alles versuchen, um diese Unterschiede zu verringern. Sollten bei den Verhandlungen die Forderungen der Hilfsarbeiterchaft nicht genügende Berücksichtigung finden, so dürfe einem solchen Ergebnis nicht zugestimmt werden.

Kollege Bamacher begründete hierauf einen Antrag Hannover, welcher lautete:

„Durch die Veröffentlichung von Glückwunschanzeigen sowie von Anzeigen über Vergnügungsveranstaltungen einzelner Zahlstellen wird der Raum der „Soli“ in Anspruch genommen für Zwecke, die mit dem Allgemeininteresse der Mitglieder nicht in Einklang zu bringen sind. Der Goutag des Gaus 9 erhebt dagegen Protest und ersucht die Redaktion und Preßkommission, die Aufnahme derartiger Anzeigen in Zukunft abzulehnen, damit der knappe Raum der Verbandszeitung ganz für Aufklärungs- und Bildungsarbeit zur Verwendung kommt.“

Die Begründung des Antrages sowie die Zusammenfassung der Anzeigen erzielten einen beachtlichen Heiterkeitserfolg und Beifall, daß bei der Abstimmung alle für diesen Antrag stimmten.

Weiter wurde einem Vorschlag Spartzahl zugestimmt, nach dem eine Remuneration an die Vorsitzenden und Kassierer gewährt werden soll. Diese Sätze müßten den Vorsitzenden durch Rundschreiben mitgeteilt werden. Nach Erledigung einiger Anfragen konnte Kollege Spartzahl die Tagung mit einem dreifachen Hoch auf unsern Verband schließen.

Klara Emma.

Anmerkung der Redaktion: Im Allgemeininteresse der Mitglieder liegt es auch, wenn eine Zahlstellenleitung die Kollegen und Kolleginnen zu einem gewissen Besamensein auffordert und sich dazu bei der Verbandszeitung bedient (§ 2 Abs. 2). Dagegen wird kaum ein Protest des Goutages etwas ausrichten können. Ob aber durch 8 bis 10 Zeilen für jede Nummer im Durchschnitt — mehr Raum beanspruchen die Glückwunschanzeigen nicht — der Aufklärungs- und Bildungsarbeit Abbruch getan wird, wird der Begründer des Antrages aus Hannover niemand weismachen wollen. Von ihm und denen, die dafür stimmten, ist noch kein Artikel aufzotend und wibenden Inhalts eingegangen, der wegen Raumangeles abgelehnt werden mußte. Schade um die Zeit, die mit Neben über Nichtigkeiten ausgefüllt wird, für gute Referate könnte sie besser genutzt werden. Allerdings sind Heiterkeitserfolge damit nicht zu erzielen.

Aus unserer Bewegung im Steindruckgewerbe

Leipzig.

Die Verhandlungen über Feuerungszulagen für das Hilfspersonal im Steindruckgewerbe haben trotz des hartnäckigen Widerstandes der Prinzipale zu einem Ergebnis geführt, das in einer Versammlung des Hilfspersonal am 12. September gutgeheißen wurde. Die Unternehmer sahen die Forderung unserer Kollegen und Kolleginnen als eine Demonstrationserforderung an, wie sie sich auszudrücken belieben, so daß es gleich zu Beginn der Verhandlung zu einem scharfen Wortgefecht zwischen beiden Parteien kam. Von unseren Vertretern wurde verlangt, neue Forderungen aufzustellen, was abgelehnt wurde. Die Zugeständnisse der Prinzipalevertreter mußten von unserer Kommission ebenfalls zurückgewiesen werden. Ein zweites Angebot der Prinzipale hatte dasselbe Schicksal. Endlich kam es aber doch nach einer Aussprache zwischen dem Vorsitzenden der Leipziger Zahlstelle und dem Spinitus der Prinzipalvereinigung zu einer Einigung. Folgende Anlagen wurden vereinbart:

Für verheiratete und ledige Steinschleifer über 24 Jahre, für verheiratete und ledige Zinkschleifer über 24 Jahre, für verheiratete und ledige Hilfsarbeiter über 24 Jahre ab 1. September 40,— Mk., ab 16. Oktober 10,— Mk., ab 1. Dezember 10,— Mk., zusammen 60,— Mk.;

für Steinschleifer und Zinkschleifer unter 24 Jahre und für Hilfsarbeiter von 19 bis zu 24 Jahren ab 1. September 30,— Mk., ab 16. Oktober 10,— Mk., ab 1. Dezember 10,— Mk., zusammen 50,— Mk.;

für Hilfsarbeiter von 15 bis zu 17 Jahren betragen diese drei Raten 25,— Mk. und 7,50 Mk. und 7,50 Mk., zusammen 40,— Mk.; für Hilfsarbeiter bis zu 15 Jahren 10,— Mk. und 5,— Mk. und 5,— Mk., zusammen 20,— Mk.;

Zinkschleifer erhalten außerdem extra einen Ausgleich von 6,— Mk. wöchentlich, sofern sie nicht schon rote Steinschleifer bezahlt werden.

Die Zulagen für Notationsanlegerinnen, Offset und Notar, betragen ab 1. September 25, — M., ab 16. Oktober 10, — M., ab 1. Dezember 10, — M., zusammen 45, — M.

Alle anderen Anlegerinnen, Auslegerinnen und Hilfsarbeiterinnen, die beiden letzten Gruppen, sofern sie 18 Jahre alt sind, bekommen als erste Rate 20, — M. Zulage und ebenfalls zweimal 10, — M. zu den oben angegebenen Terminen, zusammen also 40, — M. Für Auslegerinnen unter 18 Jahren und für Hilfsarbeiterinnen von 16 bis zu 18 Jahren wurden 15, — M. und 7,50 M. und 7,50 M., zusammen 30, — M. Zulagen vereinbart.

Hilfsarbeiterinnen von 14 bis zu 16 Jahren werden mit einer Zulage von 10, — M. und 7,50 M. und 7,50 M. Mark, zusammen 25, — M. bedacht.

Die Entschädigung für Bronzier- und Fuderarbeiten beträgt beim Handbronzieren pro Stunde 50 Pf., an Maschinen 25 Pf., beim Fudern und Abschleifen 35 Pf.

Bemerkenswert bei diesem Abschluß ist, daß jetzt in Leipzig ein Unterschied zwischen Groß- und Kleinformat-Anlegerinnen nicht mehr besteht.

Nürnberg.

Der am 9. September zustande gekommene Abschluß über die neuen Zulagen des Hilfspersonals im Steinbrudgewerbe muß im Hinblick auf die vor drei Wochen gewährten und in Nr. 34 der „Solidarität“ veröffentlichten gewertet werden. Ab 1. September erhält das männliche Hilfspersonal von 16 bis 18 Jahren 20 M. wöchentlich, von 18 bis 24 Jahren 28 M., über 24 Jahre für Weibliche 36 M., für Verheiratete 38 M.

Für Anlegerinnen, Fangerinnen und Makulaturzieherinnen wurden 20 M. vereinbart. Für Goldauflegerinnen von 16 bis 18 Jahren 13 M., von 18 bis 21 Jahren 18 M., über 21 Jahre 20 M. Sonstige Hilfsarbeiterinnen von 16 bis 18 Jahren 13 M., von 18 bis 21 Jahren 16 M., über 21 Jahre 18 M.

Zugendliches Hilfspersonal unter 16 Jahren 10 M. Die vorgenannten Zulagen werden gezahlt bis 15. Oktober. Weitere Zulagen werden gewährt ab 16. Oktober bis 30. November für alle männlichen Hilfsarbeiter 10 M., für Anlegerinnen, Fangerinnen, Makulaturzieherinnen und Goldauflegerinnen 7 M., sonstiges Hilfspersonal und Jugendliche unter 16 Jahren 5 M. Ab 1. Dezember bis 31. Dezember nochmals die letztgenannten Zulagen in derselben Höhe.

Alle übrigen Bestimmungen des Vertrages bleiben unverändert.

In Nürnberg erhalten jetzt die Schleifer über 24 Jahre einen höheren Lohn als die Hilfsarbeiter im Buchdruck.

Aus unseren Zahlstellen

Dresden. Was alles Neben und Auffordern zum besseren Versammlungsbesuch bis jetzt nicht zu Wege gebracht hat, bringt die große wirtschaftliche Not, die auch unter dem Hilfspersonal sprunghaft eingetreten hat, fertig. Der Saal konnte die Massen nicht fassen, welche einer am 14. September stattgefundenen Versammlung beiwohnen wollten. Kopf an Kopf stand die Kollegenheit gedrängt in fürchterlicher Enge, was zur Folge hatte, daß leider einige Ohnmachtsanfälle zu beobachten waren. Die Hauptatmosphäre hielten den Eingang bis auf die Straße besetzt. Der Vortrag des Redakteurs Ebel über: „Wirtschaftliche Zeit- und Streitfragen“ wurde von der Versammlung mit spannendem Interesse aufgenommen. Hieraus geben wir folgendes wieder. Redner führte die Anwesenenden in treffenden Ausführungen die Selbstentwertung und die Folgen, die daraus dem gesamten Wirtschaftsleben entziehen, vor Augen. Durch diesen Umstand wird Deutschland dem wirtschaftlichen Zusammenbruch entzogen. Ganz besonders die Freigabe der wichtigsten Lebensmittel schaffe Phantasterei, die in keinem Verhältnis zum Einkommen des Arbeiters stehen. Leider gab es auch unter der Arbeiterchaft Anhänger dieses Systems, die da glaubten, mit der Abschaffung der Awanagswirtschaft würden bessere und billigere Ernährungsverhältnisse geschaffen. Die Enttäuschungen haben diese Optimisten dem Umstand zu verdanken, daß sie ihre Kenntnisse über volkswirtschaftliche Fragen aus bürokratischen Zeitungen schöpften, deren eifrige Leser und Abonnenten sie waren und noch sind. Nur die sozialistische Presse habe genau vor Aufhebung der Awanagswirtschaft gewarnt und deren Folgen, wie eingetreten, vorausgesagt. Darum sei es Pflicht eines jeden Gewerkschaftlers, namentlich der Arbeiterinnen, Aktion der sozialistischen Zeitung zu werden. Der Steuerplan der Regierung wurde in allen seinen Arten geprüft, zumal die Hauptlasten desselben auf die Schultern der Armen abgewälzt werden sollten. Im Gegensatz dazu wurde die Steuerlast der Besten in allen ihren Schattierungen gekennzeichnet. Diese Ausführungen riefen das Erstaunen der Anwesenden hervor. Am Schluß rief Redner noch auf die bevorstehenden Kämpfe zwischen Kapital und Arbeiterschaft ein, er forderte auf, namentlich die Gewerkschaften, als einzigen geschlossenen Kampffaktor noch weiter zu stärken, aufzustehen zu wirken und einzeln und geschlossen denselben die Treue zu bewahren. Jeder Einzelne muß Kämpfer sein zur Verwirklichung unserer sozialistischen Ideen. Draußen der Balkan lohnte die Lehrreichen und auffällenden Ausführungen. Koll. Herrmann ermahnte nochmals, die Worte des Referenten zu beherzigen und danach zu handeln. Nachdem Koll. Herrmann die neuen Zulagen für Steins- und Lichtdruckpersonal bekannt, dabei erwähnte, daß der Abschluß der Steinbrudgewerkschaft höhere Sätze nicht ermöglicht habe. Durch eine Anzahl Redner wurde die Unzulänglichkeiten der Au-

lagen geahndelt. Gefordert wurde von allen die Befestigung der prozentualen Zulagenstaffel. Durch einen einstimmig angenommenen Antrag wurde die Ortsverwaltung beauftragt, das Lohnabkommen zu kündigen, um dadurch die Entzerrung der prozentualen Abschläge zu ermöglichen. Die Bedeutung der bevorstehenden Tarifausgleichung und die Stellungnahme des Hilfspersonals dazu legte Koll. Herrmann dar. Die Wünsche des Dresden Hilfspersonals gingen dahin, eine gleich hohe Zulage, wie sie den Gehilfen zugesprochen wird, auch für die volljährigen und verheirateten Hilfsarbeiter zu erlangen. Die Berechtigung dieser Forderung erkannte auch die Ortsverwaltung an, und sie werde dieselbe an unsere Tarifausgleichung als Unterlage weitergeben. Hierauf wurde nach einer eingehenden Diskussion nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Das am 14. 9. abgelehnt verammelte Buchdruckerhelferpersonal Dresdens, bezieht nach eingehender Vorphredung seiner tieftraurigen wirtschaftlichen Lage folgendes:

Die Vertreter der Hilfsarbeiterchaft bei der kommenden Tarifausgleichung werden beauftragt, weitere prozentualen Abschlägen in der Bemessung der eventuellen Feuerungszulagen oder Wirtschaftsbeihilfen für das volljährige und verheiratete Hilfspersonal ihre Zustimmung zu verweigern, sondern dahin zu wirken, daß die zu beschließenden Lohnaufbesserungen in gleicher Höhe auch den genannten Hilfsarbeitern zugesprochen werden wie den Gehilfen. Unter der wirtschaftlichen Feuerung leiden die Hilfsarbeiter ebenso schwer wie die Gehilfen. Demnach darf diese Ungerechtigkeit auf keinen Fall weiter fortgesetzt werden. Das Hilfspersonal erkennt wohl an, daß ein Unterschied in der Entlohnung des gelehrten und ungelerten Arbeiters bestehen muß, aber die sich im Laufe der Zeit herausgebildete Differenz in der Entlohnung zwischen Hilfsarbeitern und Buchdruckergehilfen überschreitet bedeutend das Maß des zulässigen Lohnunterschieds und findet nicht seinesgleichen in einem anderen Berufe.

Die Anwesenden geben sich der Erwartung hin, daß der Tarifausgleich, namentlich die Arbeitgebervertreter, diese Forderung als wohlberechtigt und begründet ansehen und demnach dieser ihre Zustimmung nicht verweigern. Sollten die Antragsteller in ihren Hoffnungen getäuscht werden und somit noch ärgeres Elend über ihre Familien kommen, dann sehen sie sich leider genötigt, von der Not getrieben, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, dieser Forderung durch Selbsthilfe Geltung zu verschaffen.“

Der Vorsitzende appellierte an die Anwesenden, den Ernst der Zeit zu würdigen und die Stimmung der heutigen Versammlung beizubehalten; denn die Mächtigkeit eines Kampfes sei nicht ausgeschlossen. Darum verfolge man die Beschlüsse des Tarifausgleiches mit Interesse und erhebe in noch größerer Anzahl bei dem nächsten Versammlungsauftritt, es werde Sorge für größere Versammlungsräume getragen werden.

Halle. Die Mitgliederversammlung am 9. September nahm Stellung zu der bevorstehenden Tarifausgleichung. Die Aussprache zeitigte eine Entscheidung, in der auf die fortwährende Steigerung der Kosten der Lebenshaltung und die völlig unzureichende Entlohnung des Hilfspersonals hingewiesen wird. Der Verbandsvorstand wird ersucht, für eine Erhöhung des Grundlohnes um 100 Prozent einzutreten. Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Halle wird für diese gerechte Forderung im äußersten Maße mit allen Mitteln einzutreten wissen. Ueber Unstimmigkeiten bei einigen Firmen, die bei der Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfe an unsere Kolleginnen entstanden sind, berichtete dann der Vorsitzende, er hat, alle Differenzfälle sofort der Verwaltung zu melden. In einem Betrieb wurde das Sonderbare Ansehen an das Hilfspersonal gerichtet, auf die Wirtschaftsbeihilfe zu verzichten, was natürlich von den Beschäftigten abgelehnt wurde. Kollege Gerig gab den Kartellbericht und wies darauf hin, daß jede Gewerkschaft einige Vertreter als Beisitzer zum Mitgliedsungsumsatz zu stellen hat. Von den Mitgliedern wurden in Vorschlag gebracht: die Kolleginnen Baufe und Herzog und Kollege Scheibe. Die Listen für die Russenliste gelangten zur Ausgabung, um zahlreiche Beteiligung wurde ersucht.

Rundschau

Eine Verschmelzung von drei Verbänden und zwar der Verbände der Brauerei- und Mühlenarbeiter, der Bäcker und Konditoren und der Fleischer soll durch eine Abstimmung, die am 9. Oktober stattfinden wird, entschieden werden. Wenn die Abstimmung, wie der Verbandsvorstand der Brauerei- und Mühlenarbeiter in einem Aufruf bekannt gibt, eine „tragfähige Mehrheit“ für den Industrieverband ergibt, werden die genannten drei Verbände aufgelöst und zu einer einheitlichen Organisation vereinigt.

Die steigenden Kosten der Lebenshaltung. Die Verteilung aus den verschiedenen Ländern zeigen überall steigende Lebensmittelpreise. Besonders groß sind die Steigerungen in England (in den Inzifferen kommen sie noch nicht genug zum Ausdruck), in den Vereinigten Staaten und Dänemark. Der Reis ist in Japan und Indien im Preis bedeutend gestiegen, daher das Steigen des Kupferwertes (Silbervaluta in diesen Ländern).

Wie man die Konsumvereine bekämpft. Ein Konsumverein des rheinisch-westfälischen Industriegebietes suchte für die in seinem Warenhaus einzurichtende Maschinenfabrik einen tüchtigen Aufseher und wollte deshalb ein Inserat in das in Hannover erscheinende Fachblatt „Der Manufakturist“ einreichen lassen. Der Verlag lehnte dies mit folgender Begründung ab: „Auf Ihr

schreiben erwidern wir höflichst, daß Inserate von Konsumvereinen der Tendenz unseres Blattes widersprechen. — Wir bebauern daher, Ihre Anzeige im „Manufakturist“ nicht veröffentlicht zu können.“

Eine katholische Tageszeitung in Gelsenkirchen lehnte ein Inserat des Warenhauses derselben Genossenschaft mit folgendem Schreiben ab: „Hierdurch teilen wir Ihnen mit, daß wir aus prinzipiellen Gründen nicht in der Lage sind, Anzeigen Ihres Vereins in unseren Blättern abzugeben.“

Der praktische Erfolg dieser Ablehnungen war natürlich nur ein Ausfall in der Inserateneinnahme der beiden Blätter. Doch — wo rechts und Mitte sich so fest verbinden, darf links nicht fehlen. In einem durch seinen politischen Radikalismus weitbekanntem Orte des Industriegebietes traten einem für die Konsumvereine werbenden Redner Unionisten und Kommunisten mit der Erklärung entgegen, sie billigten es nicht, daß durch die Konsumvereine die kleinen Geschäftskreise verdrängt würden, die sich durch Fleiß und Arbeit mühsam etwas weiter gebracht hätten. — Was für prächtige „Revolutionäre“!

Unternehmer und Genossenschaften. Ein interessantes Abkommen ist nach der Vereinbarung des Streiks in der polnischen Textilindustrie getroffen worden, wonach die Unternehmer sich verpflichten, für jeden Arbeiter 1500 polnische Mark an eine Arbeiter-Konsumgenossenschaft einzuzahlen. Dieser Betrag wird zum Anteil des Arbeiters in der Genossenschaft, den er vor dem Ablauf von zwei Jahren nicht zurückziehen darf.

Offene Stellen für schwerverletzte Buchdrucker. Schwerverletzte Buchdrucker sind als Zeitungskorrektoren nach Westfalen gesucht. — Schwerverletzte Buchdrucker, möglichst katholisch, mit etwas kaufmännischen Kenntnissen und Erfahrung in der Berechnung von Drucksachen für Kalkulation, Führung des Bestellbuchs und Papierlagerverwaltung, nach süddeutscher Landeshauptstadt gesucht. — Bewerbungen sind an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239, einzureichen.

Gingegangene Druckschriften

Goldworte. Nr. 16 der „Betriebsratzeitung“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschäftigt sich weiter mit planwirtschaftlichen Untersuchungen. Die steuerliche Erfassung der Erträge aus den Sachwerten in einer Planwirtschaft wird aufgezeigt, die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungsproblems dargelegt. Ganz besondere Beachtung wird der Aufsatz „Die Landwirtschaft in der Planwirtschaft“ finden, da eine solche Untersuchung bislang fehlte. Ausführungen des Generaldirektors Dr. Duisberg und Daurats Dr. Kösters zeigen, wie hervorragende Wirtschaftsführer zu den Forderungen der Arbeiterchaft stehen. Die Entwicklung und die heutige Organisation der Kalkulation liefert ein sehr interessantes Beitrag; „Neues aus den Betriebswissenschaften“ behandelt Montage und Revision. Unter „Gesetz und Recht“ erscheinen wieder eine große Zahl ausgewählter Schiedssprüche, die für jeden Betriebsrat von Wert sind. Zahlreiche andere Aufsätze vervollständigen den Inhalt dieses an Lehrmaterial so reichen Heftes. Die beigegebene Karte zeigt diesmal Südafrika und vervollständigt die Sammlung. Die „Betriebsratzeitung“ kann jedermann bei der Post, vierteljährlich 3 M., bestellen. Durch die Organisation ist sie erheblich billiger für die Gewerkschaftsmitglieder erhältlich.

Volkskunstverlag „Das Bild“, E. G. m. b. H. In Berlin ist von Mitgliedern der graphischen Verbände ein Unternehmen geschaffen worden, auf das wir nachdrücklich hinweisen wollen. Zweck der Genossenschaft ist der Vertrieb originalgetreuer Wiedergaben von Werken bildender und angewandter Kunst der Vergangenheit und Gegenwart. Durch Anschaffung eben Kapitalgewinnes soll es auch den minderbemittelten Volksschichten ermöglicht werden, sich mit den Werken alter und neuer Meister vertraut zu machen. Die Genossenschaft verfolgt also gemeinnützige Zwecke und verbietet die Unterstützung aller Volkfreunde. Die Beitrittsgebühr beträgt 2, — M. und ist bei der Anmeldung zu zahlen. Die Höhe des Geschäftsanteiles ist auf 10, — Mark festgelegt. Aufnahmefähig ist jede geschäftsfähige Person. Im Vorstand und Aufsichtsrat sitzen bekannte Personen aus den vier graphischen Verbänden. Die Organisationen des Graphischen Bundes selbst haben sich durch Entnahme einer großen Anzahl von Anteilen weitgehenden Einfluß gesichert. Ein künstlerischer Beirat steht dem Vorstand und Aufsichtsrat zur Seite. Die ersten Hefen (gerahmt oder ungerahmt) kommen bis Ende November zur Verfügung; der Preis soll ein möglichst möglicher sein. Wie nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle: Otto Günther, Berlin-Mariendorf, Kurfürstendamm 19.

Steuerfragen. Eine gemeinverständliche Darstellung zeitgemäßer Erfordernisse des deutschen Wirtschaftslebens und der Reichsfinanzen von Casar Köhbe. Selbstverlag Berlin NW. 7, Preis 4, — M.

Die Sozialistische Gemeinde Nr. 18 ist erschienen. Die Sozialistische Gemeinde erscheint zweimal monatlich. Preis der Einzelnummer 1 M., vierteljährlich 6 M. — Bestellungen bei allen Postanstalten und Parteibuchhandlungen.

Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1922. (Hamburger Buchdrucker und Verlagsanstalt Kuer u. Co. in Hamburg.) Der Preis des Kalenders beträgt 3 M. einschließlich Buchhändleraufschlag.